

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

Außerdem in dieser Ausgabe:

Schweineimpfung längst überfällig

Diskriminierung im Alter

BER: Chaos auf dem Flughafen

Europäische Finanzfragen

Neues von der Kinderkommission

Naturverträgliche Bodenbewirtschaftung

DIE LINKE.

Für eine neue soziale Idee.



Inhalt

Bundestagsreport 09 / 2012 der Landesgruppe Brandenburg

Flächenverbrauch bremsen und Boden bewahren.....	Seite 04
von Sabine Stüber	
Schweine impfen statt keulen.....	Seite 06
von Kirsten Tackmann	
Sechster Altenbericht der Bundesregierung	Seite 08
von Wolfgang Nešković	
BER: Pleiten, Pech und Pannen.....	Seite 10
von Dr. Dagmar Enkelmann	
Marktvorteil Eurozone.....	Seite 12
von Thomas Nord	
Fussball, Strand und Brotbacken - Kinderkommission unterstützt Kinderreisen der ARD-Fernsehlotterie.....	Seite 14
von Diana Golze	
Pressemitteilungen.....	Seite 16
Anträge, Anfragen & Initiativen.....	Seite 21
Reden	Seite 32
Kontakt	Seite 33
Impressum	Seite 34

Flächenverbrauch bremsen und Boden bewahren



von
Sabine Stüber

Genau wie Luft und Wasser gehört der Boden zu unseren Lebensgrundlagen und ist mit seinen vielfältigen Funktionen im Naturhaushalt, ein ganz erstaunlicher Lebensraum: Bei 95% aller Insekten ist ein Entwicklungsstadium im Boden notwendig; in einem Hektar Wiese sind so viele Bodenorganismen zu finden, dass mit ihnen rund 20 Kühe aufgewogen werden könnten; in der obersten, 30 cm tiefen Schicht eines fruchtbaren Bodens leben auf einem Quadratmeter eine Billiarde Bakterien. Unglaublich! Mit der Fähigkeit des Bodens, Kohlendioxid zu speichern, leistet er überdies einen aktiven und unersetzlichen Beitrag zum Klimaschutz.

Doch der Zustand der Böden ist durch Erosion, hohe Schadstoffeinträge und Bodenverdichtung besorgniserregend. Hinzu kommt der hohe Flächenverbrauch und damit Bodenverlust durch Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsprojekte. Außerdem verschlechtern Klimaveränderungen die Qualität der Böden immens und das weltweit. Boden kann nicht vermehrt werden. Aber er kann verloren gehen, wenn wir ihn nicht festhalten.

Die Begehrlichkeiten sind groß, immer mehr Grünland, Acker- und Waldboden in Wohn-, Verkehrs- und Wirtschaftsfläche umzuwandeln. Nach aktuellen Zahlen beträgt dieser Flächenverbrauch in Deutschland 87 Hektar pro Tag. Das sind jede Stunde etwa fünf Fußballfelder Boden, der so für die Land- und Forstwirtschaft und für den gesamten Naturhaushalt verloren geht.

Von jeher war der Boden die Produktionsgrundlage für unsere Ernährung. Und schon immer lieferte uns der Wald den Roh-

stoff Holz. Hinzu kommt derzeit der Anbau von Energiepflanzen für die Energiewende. Bei so vielen Ansprüchen kann es schon mal eng auf dem Acker werden. Um so wichtiger ist eine nachhaltige und naturverträgliche Bodenbewirtschaftung. Da stehen die Landwirte mit einer hoher Verantwortung in der Pflicht.

Wir erwarten viel von unserem Boden. Entsprechend sorgsam sollten wir mit ihm umgehen und vor allem den Verlust durch Siedlungs- und Infrastrukturmaßnahmen drastisch begrenzen.

Wie gegenwärtig das Problem Landschaftsverbrauch und Bodenverlust in der Öffentlichkeit ist, zeigt das starke Echo auf die Petition des Deutschen Bauernverbandes zum Flächenschutz. Diese Petition unterstützen 212.000 Menschen mit ihrer Unterschrift. In einer öffentlichen Anhörung dazu, diese Woche im Bundestag, forderte der Bauernverband eine gesetzliche Schutzklausel für landwirtschaftliche Flächen. Zudem darf auch der Naturschutz zum Erhalt der biologischen Vielfalt im Lebensraum Acker und Grünland nicht auf der Strecke bleiben und sollte, wo möglich, in eine nachhaltige Landbewirtschaftung eingebunden werden. LINKE Bodenpolitik geht in diese Richtung.

Aus Sicht des Bauernverbandes gehört der Erhalt eines funktionstüchtigen Naturhaushaltes zu den Grundsätzen der Landwirtschaft. Das Ziel sei, den Boden in besserem Zustand an die Enkel zu übergeben, als man ihn selbst übernommen hat.

Das zu hören, freut nicht nur die Naturschutzverbände.

SCHWEINE IMPFEN STATT KEULEN



von
Dr. Kirsten Tackmann

Foto: Markus Walt, pixelio.de

So lässt sich die Forderung eines interfraktionellen Antrages zusammenfassen, der diese Woche im Bundestag beschlossen wurde. „Keulen“ bezeichnet das Töten eines Nutztierbestandes zur Verhinderung der Ausbreitung einer Tierseuche. Im Antrag geht es um die Europäische Schweinepest, eine der bedrohlichsten Tierseuchen für Haus- und Wildschweine. Vor allem, weil sie leicht von Tier zu Tier, von Stall zu Stall übertragbar ist.

Stellt eine Amtstierärztin einen Schweinepest-Befund fest, schrillen die ganz großen Alarmglocken. Sperr- und Pufferzonen werden eingerichtet. Betroffene und benachbarte Schweinebestände sind dem Tode geweiht, um die anderen Bestände zu retten. Im März 2006 waren das z. B. in NRW 92.000 Tiere. Das stellt die tierhaltenden LandwirtInnen vor eine emotionale Herausforderung. Aber auch die Bevölkerung würden Bilder von Bergen toter Tiere in den Medien erschrecken. Die brennenden toten Rinder beim MKS-Seuchezug vor einigen Jahren in Großbritannien sind vielleicht noch in Erinnerung.

Solche Massentötungen müssen auf die wirklich unvermeidlichen Fälle beschränkt werden. Manchmal sind der eigentliche Grund für solche Maßnahmen befürchtete Handelshindernisse durch alternative Maßnahmen. Das gilt für die Schweinepest. Die Schweine könnten anstatt getötet notgeimpft werden. Lange war das schwierig, weil geimpfte Tiere nicht sicher von infizierten unterschieden werden konnten. Was von Handelspartnernländern zum Vorwand genutzt worden wäre, den Handel einzuschränken oder zu verbieten. Unterdessen ist das aber längst unbegründet. Dank einer Markierung im Impfstoff kann heute klar zwischen einem infizierten und einem immunisierten Schwein unterschieden werden. Daher ist Notimpfen statt Keulen längst überfällig.

Genau das fordert der überfraktionelle Antrag. Auch DIE LINKE war bis kurz vor Schluss an der Erarbeitung des Antrages beteiligt, wurde dann aber von der Union an der gemeinsamen Einreichung gehindert. Leider bleibt die Union weiter bei dieser undemokratischen Praxis. SPD, Grüne und FDP hindern sie leider auch nicht daran. Weil wir das Anliegen aber unterstützen, der Antrag jedoch wesentliche Lücken aufweist, hat sich die Linksfraktion der Stimme enthalten.

Kritisiert haben wir zum Beispiel, dass die Bedeutung der Agrarforschung im Antrag unterbelichtet bleibt. Genauso wenig wird auf die hohen Tiergesundheitsrisiken durch den auf Export orientierten Schweinemarkt eingegangen. Über den (sehr hohen) Eigenverbrauch hinaus werden in der EU aktuell 10 % mehr Schweine produziert. Zugleich wird in der EU Jahr für Jahr weniger Schweinefleisch verzehrt. Damit wird die Schweinebranche sogar abhängig vom Export. Gleichzeitig werden aktuell 80% der benötigten Eiweiß-Futtermittel importiert, obwohl sie z. B. in Lateinamerika unter problematischen sozialen und ökologischen Bedingungen produziert werden. Das alles sind Gründe genug, den Umgang mit der Schweinepest deutlich strategischer auf den Prüfstand zu stellen.

Sechster Altenbericht der Bundesregierung

von Wolfgang Nešković

Seit 1993 erstellt die Bundesregierung in unregelmäßigen Abständen einen Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Der sechste so genannte „Altenbericht“ beschäftigt sich insbesondere mit den Altersbildern in der Gesellschaft. Er wurde in dieser Woche abschließend im Deutschen Bundestag beraten.

Vordergründig ist es das Ziel des Berichts, die Lebenswirklichkeit der älteren Generation darzustellen und auf Diskriminierungen durch in der Gesellschaft verankerte Vorstellungen vom Alter hinzuweisen. Doch geht es der Bundesregierung in ihrem Bericht wohl kaum darum, tatsächlich die Realität der älteren Menschen in ihrer Vielfalt abzubilden: So wird schon die unterschiedliche Situation von Männern und Frauen im Alter weitgehend ignoriert. Dabei sind besonders Frauen von den Altersbildern, die in unserer Gesellschaft wirken, betroffen. So wird auch das beinahe doppelt so hohe Risiko für Frauen, von Altersarmut betroffen zu sein, verschwiegen.

Statt auf die schwierige Situation zahlreicher älterer Menschen aufmerksam zu machen, erklärt die Bundesregierung den reichen, gesunden und aktiven Menschen zur Norm des Alters. Denn darin liegt der eigentliche Zweck des Altenberichts: Der rüstige über ausreichend Geld verfügende 75-jährige Rentner soll zum Vorbild werden. Er ist der Prototyp des aktiven Alterns. Alle, die von diesem Bild abweichen, werden nun mit einem negativen Altersbild belegt.

Gleichzeitig trat zum 1. Januar diesen Jahres die Rente ab 67 in Kraft. Jedes Jahr der Verlängerung des Renteneintritts bedeutet auch eine Rentenkürzung. Viele Arbeitnehmer werden darüber hinaus mit zusätzlichen Abschlägen rechnen müssen, da sie gesundheitlich gar nicht in der Lage sind, ihre berufliche Tätigkeit über das 65. Lebensjahr hinaus auszuüben. Genau mit dieser gezielten Verarmung im Alter diskriminiert die Bundesregierung die ältere Generation.

Der Altenbericht dient als PR-Begleitung für diese unsoziale Politik. Mit seiner Hilfe soll der Zwang zur Erwerbstätigkeit über das Rentenalter hinaus als positiv und erstrebenswert für alle verkauft werden. Gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen soll nur durch Arbeit möglich sein.

Bereits im Koalitionsvertrag haben CDU/BCSU und FDP festgeschrieben, dass die Altersgrenze zum Renteneintritt überprüft werden soll. Auch die SPD und die Grünen versuchen mit dem Freiwilligendienst aller Generationen bis 70 Jahre über die bisherige Altersgrenze hinauszugehen. In tarifvertraglichen Schutzvorschriften werden den älteren Menschen nach dem Bericht „Leistungsmininderungen“ unterstellt. Diese Leistungsmininderungen sind jedoch Realität und nicht durch eine einseitige Verklärung des Alters wegzudiskutieren.

Kaum eine Erzieherin im Kindergarten wäre noch mit 70 Jahren gesundheitlich in der Lage, ihre Arbeit verantwortungsvoll auszuüben. Nach einer Studie von ver.di glauben 70 Prozent der Erzieherinnen nicht, dass sie das Rentenalter überhaupt gesund erreichen werden. Arbeit macht auch krank: durch Überforderung, zu wenig Personal und Lärm. Die Forderungen von Gewerkschaften und den Beschäftigten, nach einem rechtzeitigen Renteneintritt und tariflichen Schutzvorschriften sind selbstverständlich und berech-

tigt. Sie verkapt als „negatives Altenbild“ darzustellen, geht an der Realität vorbei.

Arbeitszeitverkürzung hilft bei Arbeitslosigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Vollzeit sichert die Einnahmen der Rentenkasse. Das alles verschweigt der Sechste Altenbericht. Stattdessen haben die Sachverständigen der Bundesregierung Argumente geliefert, um mit lebenslänglichem Arbeiten ein positives Altersbild zu verknüpfen. Schließlich sollen die Ansprüche auf Rente aufgegeben werden. Für zukünftige Generation soll es normal sein, wenn Menschen auch mit 80 Jahren noch für ihren Lebensunterhalt und die soziale Teilhabe arbeiten gehen. Es soll ein Schatz gehoben werden, indem die Potenziale des Alters genutzt werden. Aber es geht nicht um ein individuelles und selbstbestimmtes Ruhestandsalter, sondern um das Arbeiten über 67 Jahre hinaus.

DIE LINKE lehnt diese Art der Neudefinition von Alter ab. Es ist richtig, dass die Lebenserwartung vieler Menschen steigt und zahlreiche Menschen sich bis ins höchste Alter für die Gesellschaft einbringen möchten. Diese sehr erfreuliche Entwicklung sollte aber nicht zum Vorwand genommen werden, den verdienten Ruhestand abzuschaffen und das Erwerbsleben immer weiter auszudehnen. Es ist eine Errungenschaft der Zivilisation, dass Menschen am Ende eines langen Arbeitslebens dem Erwerbszwang entzogen sind und selbstbestimmt im Alter leben können.

Statt unter dem Deckmantel der Antidiskriminierung älterer Menschen zukünftige Einschnitte in die Sozialsysteme vorzubereiten, sollte die Bundesregierung sich der wirklichen Probleme vieler Älterer annehmen. Der nächste Altenbericht sollte sich daher mit der Frage der sozialen Ungleichheit im Alter und ihren Konsequenzen für die Lebensqualität der älteren Generation beschäftigen.

BER!

Pleiten, Pech und Pannen

von Dr. Dagmar Enkelmann

Der Sekt in Schönefeld muss wieder kaltgestellt werden - auf ungewisse Zeit. Bei dem Flughafenprojekt war von Anfang an der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen, möglichst schnell einen möglichst großen Flughafen zu bauen. Das ist schon in der Nähe von

Größenwahn. Ich erinnere nur an die Vorgänge um das Baufeld Ost, wo das Land Brandenburg vor dem Ende des damaligen Raumordnungsverfahrens letztlich unnütze Flächen kaufte. Der öffentlichen Hand entstand insgesamt ein Schaden von bis zu einer Milliarde - damals noch D-Mark.

Dann sollte es PPP (public private partnership) richten. Privatkonzerne wollten, „dank“ von öffentlicher Hand garantierter Rendite, ein internationales Drehkreuz planen, bauen, finanzieren und betreiben - Eröffnungstermin 2007. Dieser Traum platzte. Am Ende mussten die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund für die Finanzierung des Flughafens zu 100 Prozent bürgen und Milliardenrisiken auf sich nehmen, die mit der jetzigen Verschiebung durchaus aktuell werden könnten.

2008 hieß es noch, die Baukosten würden 2,2 Milliarden Euro betragen, jetzt liegen sie schon bei 2,5 Milliarden. Und am Ende? Der etwa gleichgroße Münchener Flughafenterminal kostete rund 1,2

Milliarden Euro, beim BER sollte es ein „Schnäppchen“ für 650 Millionen Euro sein. Dazu verzichteten die Planer auf einen Generalauftragnehmer und ließen den Terminal praktisch „scheibchenweise“ errichten. Dass nun vieles nicht zusammenpasst und nicht rechtzeitig fertig wird, ist da kein Wunder. Wer unter Zeitdruck und billig bauen will, zahlt am Ende bekanntlich drauf.

DIE LINKE hat von Anfang an einen bedarfsgerechten Ausbau des Flughafens gefordert. Sicherheit, darunter der Brandschutz, muss für Passagiere und Personal an erster Stelle stehen. Bei der Berichterstattung in der letzten Zeit hatte ich den Eindruck, dass es mehr darum ging, wie die Geschäfte eingerichtet werden und wo

man im BER am besten Kaffee trinken kann. Die zentralen Fragen für den Betrieb eines Flughafens sind darüber größtenteils vernachlässigt worden. Das rächt sich jetzt. Sicherheit auf Sparflamme - das ist hochgradig fahrlässig.

Zum Eröffnungstermin Anfang Juni wären außerdem nur rund 10 Prozent der nötigen Schallschutzmaßnahmen in den betroffenen Regionen realisiert worden. Berechtigte Klagen hingen an. Nicht zu vergessen das Desaster mit den Flugrouten. Bei deren Planung wurden die Bürgerinnen und Bürger erst außen vor gelassen, um sie dann quasi vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dass dies zu Recht massenhaften Protest hervorrief, damit hatte man ebenso nicht gerechnet.

Offenbar wollte es auch die Bundesregierung - bekanntlich Miteigner des BER - so genau nicht wissen. Am 20. April ließ sich der zuständige Staatssekretär im Verkehrsministerium noch bestätigen, dass die Inbetriebnahme Anfang Juni nicht gefährdet sei, obwohl die Genehmigungsprobleme vor allem beim Brandschutz seit Anfang April offen zu Tage getreten waren. Vom Verkehrsminister gab es in dieser Woche z.B. das dürre Statement, das nächste Eröffnungsdatum müsse „hieb- und stichfest unterlegt sein mit einem umsetzbaren Projektmanagement“. Da fragt man sich doch: Galt das vorher nicht?

Die Bundesregierung kann sich jedenfalls noch auf einige Fragen von der LINKEN zum BER gefasst machen. In der nächsten Sitzungswoche am 25. Mai, wird im Plenum die Große Anfrage der LINKEN zu Flugrouten und Lärmschutz am BER debattiert. Dazu stellt DIE LINKE zugleich zwei Anträge zur Abstimmung, so zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes. Damit geben wir u.a. dem Schutz der Anwohner und der Umwelt vor den Interessen der Fluggesellschaften Vorrang. Konkret geht es um Forderungen zu einem konsequenten Nachflugverbot von 22-6 Uhr, zu mehr Beteiligungsrechten der Bürgerinnen und Bürger sowie zu einem nationalen Luftverkehrsplan.

Marktvorteil EUROZONE

von Thomas Nord



Die Ergebnisse vom vergangenen Wahlsonntag haben die politische Lage in der Europäischen Union und insbesondere in der Eurozone verändert. In Serbien ist ein Patt der politischen Kräfte zu erkennen. Der proeuropäische Kurs, der auf Integration in die EU setzt, wurde aber knapp bestätigt. In Griechenland kann die alte Regierungskonstellation ihre Arbeit nicht mehr fortsetzen, eine neue Regierungskoalition ist auf der Grundlage dieses Wahlergebnisses fast aussichtslos, also wird bereits über Neuwahlen am 17. Juni spekuliert. „Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“, so hat Bertolt Brecht es passend beschrieben. Denn die griechische Bevölkerung wäre schlecht beraten, wenn sie den Sparkurs, der auf Kosten der einfachen Leute, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, bestätigen würde. Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) hat ihrerseits eine für Mitte Mai geplante Reise nach Athen bereits abgesagt und den Druck auf Griechenland erhöht. Der Austritt aus der Eurozone ist wahrscheinlicher geworden.

Die Euro-Krise ist längst im Zentrum der Union angekommen, für die viertgrößte Volkswirtschaft Spanien stieg die Rendite für zehnjährige Staatspapiere am Mittwoch erstmals seit Mitte April wieder über die Marke von sechs Prozent. Ebenso wie in den USA entstand auch in Spanien eine Immobilienblase, nur dass diese nicht in komplizierten Finanzprodukten versteckt wurde. Spaniens Sparkassen, die sogenannten Cajas, verspekulierten sich mit ganz gewöhnlichen Krediten. Das ausgerechnet ein konservativer spanischer Premierminister das viertgrößte Institut des Landes, die Bankia kurz vor der Bekanntgabe eines neuen Rettungsprogramms verstaatlicht, zeigt den Ernst der Lage. Die Bankia ist der größte Problemfall im spanischen Finanzsektor. Für 4,5 Mrd. Euro übernimmt die spanische Regierung die Muttergesellschaft Banco Financiero y de Ahorros (BFA) und wird damit Hauptaktionär. Das Geld hatte die Finanzgruppe dem Staat geschuldet. Auf die Rückzahlung verzichtet Rajoy. Dafür erhält der Staat 45 Prozent der Bankia-Aktien. In der drittgrößten Euro-Volkswirtschaft erzielen zehnjährige italienische Titel eine Rendite von gut 5,5 Prozent und damit einen halben Prozentpunkt weniger als spanische Papiere. In Italien ist die Arbeitslosigkeit im März auf den höchsten Stand seit über acht Jahren gestiegen. Der Anteil der Gesamtverschuldung am Bruttoinlandsprodukt wird nach Regierungseinschätzungen im laufenden Jahr auf bis zu 120,3 Prozent steigen. Der in Aussicht gestellte Neuwahltermin wird wohl noch länger hinausgeschoben, auch hier würde aus der Sicht der Eurokraten wohl lieber die Regierung ein neues Volk wählen.

Und spätestens mit dem Sieg von Francois Hollande ist der politische Dissens im deutsch-französischen Motor angekommen. Frankreich, zweitgrößte Volkswirtschaft, wurde bereits von einer Rating-Agentur abgestuft und steht auf dem abrutschenden Ast. Die deutsche Wirtschaft und die Bundesregierung profitieren von der aktuellen Situation und Frankreich hat das Nachsehen. Die Zinsen für die Bundesrepublik sinken, für Frankreich steigen sie. Die politischen Interessen von Deutschland und Frankreich tendieren also notgedrungen durch die ökonomisch gegenläufigen Tendenzen in zwei unterschiedliche Richtungen. Damit ist der Spaltkeil im deutsch-französischen Tandem angekommen, die Differenz der Wettbewerbsfähigkeit ist unübersehbar. Im Juni wird die Französische Nationalversammlung neu gewählt und erst das ist die Nagelprobe auf die politische Substanz der Veränderung vom vorhergehenden europäischen Wahlsonntag. Es verwundert also nicht, dass mit dem Sieg bei der Präsidentschaftswahl die Wachstumsfrage auf der Brüsseler Agenda nach oben geschneit ist. Die 27 Regierungschefs wurden nur wenige Tage nach der Präsidentschaftswahl zu einem Wachstum-Sondergipfel am 23. Mai eingeladen. Und beim nächsten regulären EU-Gipfel Ende Juni soll ein Wachstumspakt zusätzlich zum Spardiktat beschlossen werden. Woher dieses Wachstum bei Aufrechterhaltung der jetzigen deutschen Austeritätspolitik kommen soll, bleibt das Geheimnis von Merkel, Schäuble und Rösler.

Die Differenz zwischen Frankreich und Deutschland zeigt, dass die Konkurrenz um den Marktvorteil innerhalb einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion an die Grenzen des Möglichen gekommen ist. Es handelt sich bei der Eurozone um eine Binnenwirtschaftszone, bei der die nationalstaatlich gefassten Akteure sich vorgaukeln, sie hätten eine politische, ökonomische und soziale Souveränität. Das ist mitnichten so. Die Wettbewerbs- und Marktvorteile des Euros haben zu wollen, ohne die sich daraus ergebende gemeinsame Verantwortung anzuerkennen, führt zum Scheitern der EU. Bei einem Zerfall des Euros und der Wiedereinführung nationaler Währungen ist unstrittig, würde die neue DM erheblich aufgewertet, so dass die bundesrepublikanische Wirtschaft ihren jetzigen Wettbewerbsvorteil verlöre. Das heißt, sie zieht ihren aktuellen Vorteil aus einer gemeinsamen Währungsunion, in der sie das Konkurrenzmodell aufrechterhalten will. Dies ist in der Konsequenz nichts anderes als nationalegoistische Politik, die den Gedanken einer gemeinsamen europäischen Union von innen her unterhöhlt.

FUSSBALL, STRAND UND BROTTACKEN

Kinderkommission unterstützt Kinderreisen der ARD-Fernsehlotterie

von Diana Golze



Kinderarmut ist in Deutschland allgegenwärtig. Etwa drei Millionen Kinder leben in Armutsverhältnissen, erfahren Tag für Tag, was es bedeutet, wenn das Einkommen der Familie nicht reicht, obwohl die Eltern arbeiten gehen oder wenn die Familien von Hartz IV leben muss. Ein Alltag, der von unerfüllten Kinderwünschen geprägt ist, davon, dass man immer weniger hat, als andere Kinder.

Wie erleben es diese Kinder, wenn die Klassenkameraden von tollen Urlaubsreisen und Ferienerlebnissen berichten und sie selbst schweigen müssen? Eine Ferienfahrt sieht der Regelsatz für Familien nicht vor und die Kosten für ein Ferienlager kann man bei keinem Amt beantragen.

Die Kinderkommission unterstützt seit nunmehr fünf Jahren ein gemeinsames Projekt der ARD-Fernsehlotterie und des Boxers Henry Maske, das bereits vielen Kindern eine Urlaubsreise ermöglicht hat, deren Eltern ein solches Erlebnis nicht aus eigener Kraft finanzieren können. Gerade für diese Kinder aber ist es wichtig, den Alltag für kurze Zeit hinter sich lassen zu können und neue Eindrücke zu sammeln. Denn für diese Kinder wird ein Traum wahr und eine solche Ferienfahrt wird zu einem Erlebnis, das sie nie vergessen. Sie können für eine kurze Zeit ihre oft belastende Situation zu Hause hinter sich lassen und einfach das sein, was sie sind: ein Kind,

das gemeinsam mit anderen spielt, tobt, Eindrücke sammelt und Neues, Unbekanntes entdecken kann. Erlebnisse wie diese sind für sie von großer Bedeutung. Eine solche Reise bringt nicht nur die notwendige Erholung von einem Alltag, der oft alles andere als kindgerecht ist. Sie fördert die Entwicklung der Kinder und stärkt das Selbstvertrauen. Denn solche Erfahrungen bedeuten: Teilhaben und nicht mehr ausgeschlossen sein!

Für Freizeitgestaltung stehen einem Kind nach dem ALG II Regelsatz 3,83 Euro pro Monat zur Verfügung. Das reicht nicht einmal für den Zoo, manchmal nicht mal für einen Museumsbesuch, geschweige denn, dass davon etwas für eine Sommerfreizeit gespart werden kann. Statt Unmengen von Geldern für ein stigmatisierendes Bildungs- und Teilhabepaket und vor allem eine riesige Bürokratiemaschine auszugeben, sollte dieses Geld den Familien und Kindern direkt zur Verfügung gestellt werden. Darum bleibt DIE LINKE dabei: Der ALG II- Kinderregelsatz muss endlich das abdecken, was ein Kind zu einer bestmöglichen Entwicklung braucht. Bildung, Schutz vor Armut, ein gesundes Aufwachsen mit bestmöglicher Förderung und die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sind Rechte, die endlich für jedes Kind gelten müssen. Dann werden auch für Kinder von Erwerbslosen und Familien mit geringem Einkommen Dinge wie eine Ferienfahrt so selbstverständlich wie für viele andere Kinder.

Bauernverband rudert zurück

07.05.2012 – SABINE STÜBER

In der heutigen öffentlichen Beratung des Petitionsausschusses ging es um das hochbrisante Thema Flächenschutz. Der Deutsche Bauernverband hat in einer Petition von der Bundesregierung eine Gesetzesinitiative zum Schutz der land- und forstwirtschaftlichen Fläche als Produktionsgrundlage zur Ernährungssicherheit, für nachwachsende Rohstoffe und für die erneuerbaren Energien gefordert.

Boden ist nicht vermehrbar, und noch immer gehen jeden Tag etwa 90 Hektar, das sind 120 Fußballfelder Land- und Forstwirtschaftsfläche verloren. Die Petition hat mehr als 211.000 Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden.

Dazu die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber, Mitglied im Petitionsausschuss für die Fraktion DIE LINKE: „Bedauerlich ist, dass der Deutsche Bauernverband in der Petition den verschwenderischen Flächenverbrauch durch Baumaßnahmen auf eine Stufe mit den Naturschutzflächen, die man im Gegenzug zum Ausgleich für die Natur braucht, stellte. Damit wird polarisiert und einmal mehr der Naturschutz gegen die Landwirtschaft ausgespielt. Entsprechend gab es schon im Vorfeld böses Blut und harte Kritik seitens der Naturschutzverbände.“

Die Abgeordnete weiter: „Für unsere eigene Ernährungssicherheit

müssen wir die tägliche Bodenzerstörung bremsen. Die Petition setzt das Problem auf die politische Tagesordnung. Das ist sehr gut. Und wie wichtig das Thema den Menschen ist, zeigt die enorme Resonanz in der Öffentlichkeit.“

Sie fährt fort: „Ich bin zufrieden, dass der Bauernverband in der Anhörung doch zurückruderte und klarstellte, dass er sich keinesfalls gegen Naturschutzmaßnahmen ausspreche und dass Eingriffe in die Natur ausgeglichen werden müssen, um die Funktionstüchtigkeit des Naturhaushaltes zu sichern. Nur über das Wie, da müssen wir eben weiter diskutieren.“



Foto: Tobias Kunze, pixelio.de

LINKE fordert Notfonds für Agrarbetriebe

10.05.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„In immer kürzeren Zeitabständen kommen tierhaltende Agrarbetriebe durch bislang unbekannte Gefahrenursachen in existenzielle Notsituationen. So lange aber die Ursachen einer Bestandserkrankung nicht anerkannt und amtlich festgestellt ist, bleiben die Zugänge zu finanziellen Hilfen versperrt.“

Daher fordert die Linksfraktion einen Notfonds, der in solchen Fällen einspringt,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann. Die Linksfraktion hat diese Woche den Antrag „Notfonds für tierhaltender Betriebe einrichten“ beschlossen (Bundestagsdrucksache 17/9580). Ende Mai wird im Plenum des Bundestages in erster Lesung über den Antrag beraten.

Tackmann weiter:

„Klimawandel und globale Handels- und Personenströme gehören zu den wichtigsten Ursachen neuer oder erhöhter Infektionsrisiken für Nutztierbestände. Schmallenberg-Virus, der so genannte „chronische Botulismus“ oder die Blauzungenkrankheit sind Zeichen dieser Entwicklung. Wenn Tiere erkranken oder sterben, ist das nicht nur eine emotionale Belastung, sondern schnell auch eine finanzielle Bedrohung. Bei unbekannten Ursachen sind die Möglichkeiten der Betriebe zur Risikoreduzierung stark eingeschränkt. Solange eine Tierseuche nicht anerkannt ist, zahlt auch keine Tierseuchenkasse. Bisher hilft dann also niemand die finanziellen Verluste abzufedern.“

Zur Überbrückung dieses Zeitraums schlagen wir die Einrichtung eines Notfonds vor. Er soll bei ungeklärten oder noch nicht amtlich anerkannten Bestandserkrankungen greifen. Ab dem Jahr 2013 fordern wir dafür 10 Millionen Euro. Dieser Betrag soll jedes Jahr bedarfsgerecht dynamisiert werden.

Durch die Einführung eines Notfonds kann den betroffenen Betrieben schnell und möglichst unbürokratisch geholfen werden. Sobald die Ursachen der Tiererkrankungen festgestellt sind bzw. eine Tierseuche amtlich anerkannt wurde, können die regulären Ausgleichszahlungen bzw. Beihilfen greifen. Die bereits vorab ausgezahlten Mittel sollen dann an den Fonds zurückfließen.“

Genossenschaft gegen Ausverkauf des Bundes von 11.500 TLG- Wohnungen in mehr als 40 Städten an Spekulanten

09.05.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Auch wenn sich in meinem Heimatwahlkreis keine TLG Wohnungen befinden, bin ich Mitglied der Wohnungsbaugenossenschaft FAIRWOHNEN i.G. geworden.“

Gegen den von der Bundesregierung geplanten Ausverkauf der ehemaligen Treuhand-Wohnungen müssen wir Widerstand leisten,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann ihren Beitritt zur überregionalen Wohnungsbaugenossenschaft FAIRWOHNEN i.G. Die Bundesregierung will die 11.500 treuhänderisch verwalteten TLG Wohnungen zum Verkauf anbieten - und zwar als Paket. Das macht die Wohnungen für internationale Immobilienfonds attraktiv. Einzelne Kommunen dagegen haben keine

Chance beim Bieten.

Deshalb haben LINKE Abgeordnete die Treuhandliegenschafts-Genossenschaft FAIRWOHNEN i.G. gegründet.

Tackmann weiter:

„Wir wollen verhindern, dass bei der Jagd nach Renditen die Mieterinnen und Mieter auf der Strecke bleiben. Das Genossenschaftsmodell ist ein demokratisches Unternehmen. Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung sowie kooperative Strukturen stehen im Vordergrund und sind im Statut der FAIRWOHNEN i.G. in ganz besonderer Weise verankert.“

Neben möglichst vielen Mieterinnen und Mietern der TLG Wohnungen kann auch jede und jeder in die Ge-

nosenschaft eintreten, der dieses politische Anliegen gern unterstützen möchte. Je mehr Unterstützung desto erfolgreicher kann gezeigt werden, dass sich Widerstand lohnt im Interesse von Mieterinnen und Mietern.

Im übrigen hat die TLG für diese Wohnungen niemals einen Kaufpreis bezahlt. Die Übernahme erfolgte durch Vermögenszuordnung. Umso befremdlicher ist die geplante Privatisierung, die ohne unseren genossenschaftlichen Widerstand zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geht. Deshalb FAIRWOHNEN i.G.!“

Weitere Informationen finden Sie:

[HIER](#)

Bundesregierung sägt selbst an der Schiene

27.04.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung bei der Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs nachkommen, vor Allem auf der Schiene. Die Regionalisierungsmittel sollten entsprechend der Kostenentwicklung dynamisiert werden,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage zur Aufrechterhaltung des Öffentlichen Mobilitätsangebotes in den ländlichen Räumen.

Tackmann weiter:

„Die Regionalisierungsmittel aus dem Bundeshaushalt sind für die bedarfsgerechte Versorgung der Regionen mit Öffentlichem Personennahverkehr unerlässlich. Die gesetzlich fixierte jährliche Steigerung von 1,5 Prozent reicht angesichts des Anstiegs der Kosten nicht aus. Die klammen Länderhaushalte können diese Finanzlücke nicht schließen. Streckenabbestellungen werden geprüft. Das aber würde vor allem in den Dörfern und klei-

nen Städten zum direkten und indirekten Verlust von Arbeitsplätzen, von wirtschaftlichen Potenzialen z. B. im Tourismus und zur weiteren Verschlechterung von Lebensqualität führen.

Ich brauche keine Belehrung der Bundesregierung über die geltende Rechtslage, wenn ich nach der Berücksichtigung der Kostensteigerung bei der Höhe der Regionalisierungsmittel frage. Mit dieser Taktik des Aussitzens eines sich zu spitzenden Problems trägt die Bundesregierung weiter dazu bei, dass Menschen im ländlichen Raum abgehängt werden. Ich fordere daher die Bundesregierung auf, ihren Beitrag zur Sicherung der Mobilität in allen Landesteilen zu leisten. Bund und Länder haben gemeinsam die Verantwortung, ein bedarfsgerechtes Mobilitätsangebot vorzuhalten. Dabei darf es nicht allein um einen Zählappell gehen. Gerade Kinder, Alte, Jugendliche und Berufspendler sind auf gut ausgebaute und ge-

taktete Bahnangebote angewiesen. Wer an den Schienen sägt, wird das Ausbluten der metropolfernen Regionen weiter beschleunigen.

Wie bedrohlich die negative Entwicklung des Schienenpersonennahverkehrs im ländlichen Raum sein kann, zeigt die aktuelle Diskussion auch um die Bahnlagen von Neustadt nach Kyritz, Pritzwalk und Meyenburg. In Brandenburg standen in den vergangenen Jahren ca. 390 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Davon wurden 98 Prozent für regionale Bahnangebote ausgegeben. Und auch diese Mittel sind nur bis einschließlich 2014 gesichert. Für die Jahre danach müssen Bund und Länder erneut verhandeln. Dabei muss es darum gehen, die Mobilität auch in den ländlichen Räumen mindestens zu sichern.“

Die Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage von MdB Dr. Tackmann finden Sie: [HIER](#)



Foto: Erich Westendarp_pixelio.de

Flächenverbrauch: LINKE fordert besseren Schutz für Äcker und Grünland

07.05.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist nicht vermehrbar und deshalb ein hohes Gut. Die Bodenpolitik in Deutschland muss ihrer Schutzfunktion besser gerecht werden,“ fordert Dr. Kirsten Tackmann anlässlich der heutigen Anhörung zu einer Öffentlichen Petition zum Flächenverbrauch im Deutschen Bundestag. Die Petition des Deutschen Bauernverbandes zum Flächenschutz wurde von 210.000 Menschen unterschrieben. Tackmann weiter:

„Boden ist neben Sonne und Wasser der wichtigste landwirtschaftlicher Produktionsfaktor. Er muss für die Ernährungssicherung erhalten bleiben und zusätzlich einen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Maß-

nahmen zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und gegen Bodenerosion sind dabei ebenso wichtig, wie die Begrenzung der Umwidmung zu Bauland für Straßen oder Supermärkte auf ein Maß des Unvermeidbaren. Der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche von 4 Hektar pro Stunde ist nach wie vor viel zu hoch. Flächen werden knapper und teurer. Wir brauchen dringend eine Abkehr von dieser Entwicklung. Damit Naturschutzbelange dabei nicht auf der Strecke bleiben müssen sie sinnvoll mit dem Anliegen einer nachhaltigen Landwirtschaft verbunden werden. Auch im kommunalen Planungsrecht sollten diese gesellschaftlichen Ziele konsequent verankert sein.

Während täglich ca. 100 Hektar Äcker und Wiesen vor allem für Siedlungs- und Verkehrsflächen verloren gehen, wächst nach Aussagen des Agrarministeriums in der Anhörung der Wald täglich um 35 Hektar und Wasserflächen um täglich 12 Hektar. Anstatt neue Flächen zu versiegeln sollten innerstädtische Bebauungslücken stärker genutzt werden. Neuversiegelungen müssen zur Ausnahme werden und sind durch Entsiegelung von Flächen zu kompensieren. Finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten durch den Bund, wie z. B. ein Konversionsfonds, sind einzubeziehen. Kommunal können Ökokonten ein wichtiges Instrument dieser neuen Bodenpolitik sein.“

LINKE fordert: Bürgerschaftliches Engagement darf nicht bestraft werden

26.04.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Damit Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliches Engagement bei Hartz IV -Betroffenen künftig generell und rechtssicher nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet werden, legt DIE LINKE heute zwei Anträge im Bundestag vor um die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit und kommunale Mandate endlich zu beenden!“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die heutige erste Lesung der beiden Anträge der Bundestagsfraktion DIE LINKE (Drucksache: 17/7646; 17/7653).

Tackmann weiter:

„Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar in einer demokratischen Gesellschaft. Dafür bringen viele Menschen Zeit, Kraft und Geld

auf. Wenn finanzielle Aufwendungen für ehrenamtliche Bürgermeisterämter, Feuerwehrmitglieder oder andere Ehrenämter entschädigt werden, muss das für alle gelten. Hartz IV-Empfängerinnen und -empfänger sind auf dieses Geld angewiesen, da sie zusätzliche Kosten nicht tragen können. Deshalb ist die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen widersinnig, ungerecht und würde die Betroffenen in ihren Rechten beschränken.

DIE LINKE will diese Praxis ändern und fordert: keine Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für ALG-II-Beziehende. Die zwei Anträge wurden heute in den Bundestag eingebracht und in die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen.“



Foto: uschi dreilucker_pixelio.de

Witaj-Projekt: erst evaluieren, dann entscheiden

09.05.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

Seit Beginn meiner Zeit als Bundestagsabgeordneter habe ich mich für die Minderheitenrechte der Sorben und Wenden eingesetzt. Einer meiner ersten Besuche galt damals dem Witaj-Projekt.

Damit Schulunterricht in sorbischer Sprache zur beabsichtigten

Sprachbeherrschung führt, dürfen bestimmte Stundenzahlen nicht unterschritten werden.

Hier kann nicht nach Kassenlage vorgegangen werden, weil irgendwann der Sinn des Projektes in Frage stünde. Bevor Angebote eventuell neu organisiert werden

können, ist deshalb eine wissenschaftlich fundierte Evaluation der bisherigen zehn Jahre nötig. Es ist gut, dass das Bildungsministerium eine solche jetzt angekündigt hat, nachdem sie lange verweigert wurde. Die Maßnahmen des Ministeriums sollten jedoch nicht schon vor dieser Untersuchung feststehen.

Umweltfolgen der Braunkohle nicht verschweigen - Planverfahren zeitnah einstellen

08.05.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Offenbar soll der Verbleib des aus der Kohle entstehenden Kohlendioxids im Planverfahren gar nicht betrachtet werden. Damit will die Planungsbehörde wesentliche Umweltfolgen aus der Prüfung ausblenden. Diese Salami-Taktik macht Politik insgesamt unglaubwürdig. Angesichts der Chancenlosigkeit für CCS am Standort Jämschwalde wäre eine zeitnahe Einstellung des Planverfahrens die beste Lösung für alle Beteiligten.“

Auf dem europäischen Festland wird es keine Akzeptanz für die CO₂-Verpressung geben, ein Transport zur Nordsee ist nicht bezahlbar. Nicht einmal der Bedarf an der geplanten Stromerzeugung kann nachgewiesen werden. Dennoch sollen hunderte Bürger in einem Planverfahren zur Aufgabe ihrer Dörfer und ihres Lebensumfeldes gezwungen werden.

Die Landespolitik hat den Tagebau Jämschwalde-Nord 2007 ins Gespräch gebracht, als die brandenburger SPD noch euphorisch daran glaubte, CO₂-Abscheidung könne

bis 2020 in allen Kraftwerken eingesetzt werden. Sie muss jetzt die Kraft finden, sich ihren Irrtum einzugestehen, statt die Bürger dafür leiden zu lassen.“

Der Braunkohlenplan Tagebau Jämschwalde-Nord soll die Umsiedlung der Orte Grabko, Kerkwitz und Aterwasch festschreiben und würde die Lebensqualität in zahlreichen weiteren Orten, wie etwa Groß Gastrose oder Deulowitz massiv verschlechtern. Der Zeitplan des Verfahrens gerät dabei immer mehr ins Wanken. Schon für die Entscheidung, welche Umweltfolgen zu untersuchen sind, brauchte die Behörde ein ganzes Jahr. Weitere Zeitpläne ist sie nicht mehr bereit zu nennen.

Seit Anfang Mai liegt ein Vermerk der Landesplanungsbehörde zur vorgeesehenen Umweltprüfung vor. Die Behörde schreibt darin: „Die Fragestellung der Anwendung der CCS-Technologie einschließlich

der unterirdischen Lagerung des abgespaltenen CO₂ ist nicht Gegenstand des Braunkohlenplanes und somit auch nicht der strategischen Umweltprüfung.“ Gleichzeitig macht die Landesregierung in ihrer Energiestrategie das Kraftwerk, das der Tagebau versorgen soll, vom Einsatz der CCS-Technik abhängig. Fachleute des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung sehen keine Zukunft für das Tagebauvorhaben und fordern die Landesregierung zu Konzepten auf, wie die Lasten des Braunkohleausstieges gerecht verteilt werden können.



Foto: Michael Andre May, pixello.de

Anträge, Anfragen & Initiativen

09.05.2012 ▼

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9582

Betreuungsgeld nicht einführen – öffentliche Kinderbetreuung ausbauen

Mit dem Betreuungsgeld soll ab 2013 eine monatliche Zahlung an die Eltern eingeführt werden, die ihr Kind nicht in einer Einrichtung betreuen lassen können oder wollen. Hierdurch könnten gerade einkommensschwache Eltern motiviert werden, ihre Kinder nicht in eine Förderung zu geben, da sie diese Geldleistung zum Bestreiten des Familienunterhaltes benötigen. Es besteht zudem die Gefahr, dass sich eine solche Regelung negativ auf die gleiche Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben auswirkt.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9563

Diskriminierungsschutz für chronisch erkrankte Menschen ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufnehmen

Chronisch erkrankte Menschen sind bislang nicht ausdrücklich durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz geschützt. Diese Lücke ist durch eine Ergänzung des AGG zu schließen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Betroffenenorganisationen fordern seit geraumer Zeit die Schließung dieser Lücke. Zuletzt hatte das Berliner Landesarbeitsgericht die Entlassung eines chronisch erkrankten Menschen, er ist HIV-Positiv, für rechtmäßig erklärt. Die Erweiterung des AGG würde dies verhindern.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9562

Europäisches Klimaschutzziel für 2020 auf 30 Prozent Treibhausgasemissionen erhöhen - überschüssige Emissionsrechte stilllegen

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich in Brüssel dafür einzusetzen, dass in der EU das gemeinsame Klimaschutzziel bis 2020 gegenüber 1990 von minus 20 auf minus 30 Prozent angehoben wird. Gleichzeitig wird gefordert die überschüssigen CO₂-Emissionsrechte stillzulegen, die in dieser Handelsperiode aufgelaufen sind, und die die Wirksamkeit der Emissionshandels untergraben. Dem gleichen Ziel dient die Forderung, CDM-Zertifikate in der EU nicht mehr anzuerkennen..

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9556

Für gute Arzneimittelversorgung Versandhandel auf rezeptfreie Arzneimittel begrenzen

Der Antrag fordert die Beschränkung des Arzneimittelversandhandels auf rezeptpflichtige Arzneimittel. Ein entsprechender Antrag aus der 16. WP wurde aktualisiert, da der Bundesrat sich kürzlich zu einer vergleichbaren Forderung durchgerungen hat.

Anträge, Anfragen & Initiativen

09.05.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9552](#)

Steuerliche Abzugsfähigkeit von Managerbezügen einschränken

Die Vorstandsbezüge der DAX-Konzerne haben im Jahr 2011 einen neuen Allzeitrekordwert erreicht. Mit ihnen ist auch die Kluft zu den Gehältern der übrigen Beschäftigten auf ein neues Zwischenhoch gestiegen. Weder die bisherigen Maßnahmen zu deren Begrenzung noch die Finanz- und Wirtschaftskrise haben diese Entwicklung stoppen können. DIE LINKE fordert als Sofortmaßnahme daher die steuerliche Absetzbarkeit als Betriebsausgaben einzuschränken.

07.05.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9525](#)

Gerechtere Verteilung durch eine 75-Prozent-Reichensteuer für Einkommensmillionäre

In Deutschland werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. Die 75-Prozent-Reichensteuer für Einkommensmillionäre ist ein Beitrag dazu, dass die Einkommen in diesem Land wieder gerechter verteilt werden. Laut dem Statistischen Bundesamt gab es 2007 rund 17.000 Einkommensmillionäre mit einem durchschnittlichen zu versteuernden Einkommen von 3,1 Millionen. Von der Steuer wären lediglich weniger als 0,05 Prozent der Einkommensbezieher betroffen.

30.04.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9461](#)

Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union - Partnerschaft statt interessensgeleitete Bevormundung

Die EU stellt ihre Entwicklungszusammenarbeit neu auf. Das betrifft einerseits die Finanzierungsinstrumente, andererseits neue inhaltliche Schwerpunkte und schärfere Konditionen. Für DIE LINKE haben die Länder des Südens Anspruch auf Unterstützung und Zusammenarbeit ohne politische Gängelung. DIE LINKE will deshalb u. a. das Instrument der Budgethilfe stärken. Andere Politikbereiche, die maßgebliche Rahmenbedingungen für Entwicklung setzen, müssen entwicklungsförderlich gestaltet werden.

26.04.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9426](#)

Barrierefreies Bauen im Baugesetzbuch verbindlich regeln

Angestrebt wird die verbindliche Umsetzung der UN Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen auch im Baugesetzbuch. Das Baurecht muss den Rechten und Belangen von Älteren und von Menschen mit Behinderungen Rechnung tragen. Es geht um mehr Lebensqualität, bessere Teilhabe und Mobilität. Das erfordert auch eine Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Bauplanung.

26.04.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9413](#)

Mit dem Abzug aus Afghanistan die Voraussetzung für Frieden schaffen

Vom 20.5 - 21.5. findet in Chicago der NATO-Gipfel statt. Im Zentrum des Gipfels sowie der Anti-Gipfel-Proteste wird erneut der Afghanistan-Krieg stehen. Inzwischen mehren sich lagerübergreifend die Forderungen nach einem schneller Abzug der NATO und damit der Bundeswehr, gerade jetzt ist es besonders wichtig, dass wir die verbindliche Abzugsforderung erneut unterstreichen und in die Öffentlichkeit tragen.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9411](#)

Internetfähige Computer gehören zum soziokulturellen Existenzminimum

Die Bundesregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich durch einen Gesetzentwurf sicherzustellen, dass ein internetfähiger Computer als Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums anerkannt wird und jedem Menschen unabhängig von sozialer Lage orts- und zeitsouverän und unpfändbar zur Verfügung steht.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9410](#)

Soziale Errungenschaften in der Europäischen Union verteidigen und ausbauen

In der EU sind erkämpfte soziale Errungenschaften in Gefahr. Als Gegenleistung für Kredite hohlen einzelne Staaten grundlegende soziale Standards aus. Die Proteste der Menschen in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und anderen Ländern sind berechtigt, die im Mai europaweit geplanten Krisenproteste zu unterstützen. DIE LINKE fordert die Bundesregierung zu einem Kurswechsel in der EU auf, mit dem soziale Standards erhalten und die Krisenverursacher zur Verantwortung gezogen werden.

30.04.2012 ▼

▶ [GROSSE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9431](#)

Alterssicherung und Altersarmut von Frauen in Deutschland

Frauen sind in besonderem Maße von unzureichender sozialer Absicherung und Armut im Alter betroffen. Die Pläne der Bundesregierung sind nicht geeignet, daran etwas zu ändern. Mit der großen Anfrage sollen die soziale Lage von Frauen hinsichtlich ihrer Alterssicherung problematisiert, Daten generiert und die unzureichenden Aktivitäten der Bundesregierung skandalisiert werden.

Anträge, Anfragen & Initiativen

10.05.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9545](#)

Auftragsvergabe an private Dienstleister im Bereich des Bundesministerium des Innern

Nicht zuletzt der Staatstrojaner-Skandal hat die Gefahren einer Auftragsvergabe an private Dienstleister im Sicherheitsbereich aufgezeigt. Um Kosten einzusparen wird an vielen Stellen die Entwicklung, Betreuung und möglicherweise auch der Einsatz von Technik und Instrumenten, die tiefste Eingriffe in Grundrechte ermöglichen, in die Hände von Privatfirmen verkauft. Die Kleine Anfrage soll den Umfang der Privatisierung sicherheitstechnischer IT-Instrumente im Bereich des BMI klären.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9544](#)

Umsetzung der Listen terroristischer Organisationen und Personen von EU und UN

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 haben die Vereinten Nationen (UN) und der Rat der EU sogenannte Terrorlisten eingeführt. Gelder, finanzielle Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen der in der Liste aufgeführten Personen, Vereinigungen und Körperschaften sind einzufrieren, ihnen dürfen weder direkt noch indirekt Gelder, andere finanzielle Vermögenswerte und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE fragt zur Umsetzung der genannten Sanktionen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9543](#)

Mögliche Aktivitäten von Mitgliedern der verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend innerhalb der Jungen Nationaldemokraten

Die neonazistische Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) war am 31. März 2009 vom Bundesinnenminister verboten worden. Seitdem mehren sich Hinweise, wonach Aktivitäten der HDJ im Rahmen der „IG Fahrt und Lager“ der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) fortgeführt werden, die auch am 14. April 2012 an der Durchführung des „3. Südwestdeutschen Kulturtag“ mit aus Deutschland angereisten Neonazis im französischen Elsass beteiligt war. Die Linkfraktion fragt die Bundesregierung nach ihren Erkenntnissen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9542](#)

Sicherstellung von Waffen in Afghanistan durch deutsche Soldaten

Deutsche Soldaten stellen im Rahmen ihres Einsatzes in Afghanistan Waffen und Munition sicher. Es bleibt unklar, was damit geschieht. Mit der Kleinen Anfrage möchte die Linkfraktion Informationen über sichergestellte Waffen in Afghanistan und deren Verbleib sammeln.

10.05.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9541](#)

Fortschritt von Maßnahmen für ein Kormoranmanagement

Das Engagement der Bundesregierung zur Einrichtung eines Kormoranmanagements, welches Ende 2011 vom Bundestag gefordert wurde, soll überprüft werden. Der Beschluss des Bundestages ist vor allem durch den politischen Druck der Linksfraktion zu Stande gekommen. Die rasant gewachsenen Kormoranbestände stellen für viele Teichwirtschaften eine Bedrohung dar. Gleichzeitig ist der Kormoran eine geschützte Vogelart, so dass eventuelle Maßnahmen äußerst bedacht und verhältnismäßig sein müssen.

09.05.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9519](#)

Stand des Ausbaus der U3-Kinderbetreuung und Kosten für das Betreuungsgeld

Die geplante Einführung eines Betreuungsgeld stößt in der Öffentlichkeit auf massive Kritik, die sich neben fachlichen Bedenken („Herdprämie“) auch an den Kosten äußert. Der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren geht nur schleppend voran, so dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr ab 2013 nicht umsetzbar sein wird. Abgefragt wird mit dieser Kleinen Anfrage daher auch, wie viele Betreuungsplätze für die Kosten des Betreuungsgeldes eingerichtet werden könnten.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9514](#)

Umsetzung der Verschlechterungsverbote des EWG-Türkei-Assoziationsrechts durch die Bundesländer

In der Kleinen Anfrage werden die Positionen und Maßnahmen der Bundesländer zur Umsetzung des Assoziationsrecht erfragt. Auch wenn es nicht überwiegend den Bundesländern obliegt, eine bundeseinheitliche Beachtung verbindlichen Europarechts in Deutschland sicherzustellen, muss die Bundesregierung ein Interesse daran haben, Klarheit über die Umsetzung des Assoziationsrechts in Deutschland zu gewinnen, auch um gegebenenfalls Änderungs- und Handlungsbedarf erkennen zu können.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9513](#)

Umsetzung der Verschlechterungsverbote des EWG-Türkei-Assoziationsrechts

Die Fraktion DIE LINKE. hat in der Vergangenheit durch mehrere parlamentarische Anfragen auf das Problem einer unzureichenden Umsetzung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum EWG-Türkei-Assoziationsrecht aufmerksam gemacht (vgl. zuletzt die Bundestagsdrucksachen 17/6970 und 17/5884). Die von den deutschen Bundesregierungen vertretenen rigiden Rechtsauffassungen zum Assoziationsrecht werden in der Kleinen Anfrage thematisiert und hinterfragt.

Anträge, Anfragen & Initiativen

09.05.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9503](#)

Entwicklung der Gestaltung durch steuer- und sozialversicherungsfreie Lohnbestandteile

Spezielle Unternehmensberatungsfirmen bewerben immer aggressiver sogenannte Entgeltoptimierungsmodelle. Dahinter verbergen sich Strategien, die eine Absenkung des Bruttolohns bei unveränderten Nettolohn beinhalten: Regulärer Lohn wird durch steuerfreie oder -ermäßigte sowie sozialversicherungsfreie Lohnbausteine ersetzt. Die Unternehmen können so ihre Personalkosten reduzieren und ihren Gewinn erhöhen, ohne dass dies zu Lasten der Beschäftigten geht. Denn die Kosten tragen die SteuerzahlerInnen. DIE LINKE hakt kritisch nach.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9519](#)

Stand des Ausbaus der U3-Kinderbetreuung und Kosten für das Betreuungsgeld

Die geplante Einführung eines Betreuungsgeld stößt in der Öffentlichkeit auf massive Kritik, die sich neben fachlichen Bedenken („Herdprämie“) auch an den Kosten äußert. Der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren geht nur schleppend voran, so dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr ab 2013 nicht umsetzbar sein wird. Abgefragt wird mit dieser Kleinen Anfrage daher auch, wie viele Betreuungsplätze für die Kosten des Betreuungsgeldes eingerichtet werden könnten.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9496](#)

Deutsche Beiträge zur Sicherheitsarchitektur anlässlich des G8-Gipfels und des NATO-Gipfels in den USA

Im Mai finden der G8- und ein Nato-Gipfel in den USA statt. Deutsche Sicherheitsbehörden waren in den vergangenen Jahren immer wieder in die Sicherheitszusammenarbeit bei Großveranstaltungen eingebunden, auch mit umfangreichem Austausch personenbezogener Daten. DIE LINKE lehnt es ab, dass deutsche Behörden Beihilfe zu Bürgerrechtsverletzungen leisten, um die Proteste gegen ein Treffen des weltweit aggressivsten Militärbündnisses zu behindern.

04.05.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9459](#)

Auslandsreisen von Mitgliedern des Bundeskabinetts unter Begleitung von Rüstungslobbyisten

Eine Vielzahl von Rüstungsexporten werden nur durch die massive Unterstützung der Bundesregierung möglich. Dazu kann die Mitnahme von Vertretern der Rüstungsindustrie auf Auslandsreisen der Kabinettsmitglieder zählen. Hierüber existiert, trotz der enormen Bedeutung von Rüstungsexporten für die deutsche Außenpolitik, keine Transparenz. Eine öffentliche Debatte ist daher bislang nicht möglich. DIE LINKE will mehr in Erfahrung bringen.

04.05.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9455](#)

Kooperationsverträge der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und die Bindungswirkung der EMRK bei Einsätzen und Kooperationen

Der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX ist eine Grundrechtstrategie verordnet worden. Ein hohes europäisches Gericht hat die Praxis der Zurückweisung von Flüchtlingen auf Hoher See verurteilt. Doch was folgt daraus für die Praxis von FRONTEX und EU-Staaten? Und welche Rolle spielt der Menschenrechtsschutz in der Kooperation von FRONTEX mit Grenzbehörden von Staaten wie Armenien und Nigeria, die regelmäßig von Menschenrechtsverteidigern kritisiert werden?

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9458](#)

Potenzial der Verlagerung von Flügen auf die Bahn am Flughafen Bremen

Es besteht ein erhebliches Potenzial zur Verlagerung von Flügen auf die Bahn. Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zum Flughafen Frankfurt a.M. ergab, dass selbst dort mehr als 16 Prozent aller Ziele in bis zu 4, und fast 30 Prozent in bis zu 6 Stunden mit der Bahn zu erreichen sind. Wären alle geplanten Schienenprojekte realisiert, wäre sogar 1/4 in 4 und 1/3 in 6 Stunden mit der Bahn erreichbar. Wie hoch ist das Verlagerungspotenzial am Flughafen Bremen?

03.05.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9457](#)

Grundlagen und Evaluationsmethoden der Beratertätigkeit der ÖPP Deutschland AG

Die ÖPP Deutschland AG wurde vom Bund als Beratergesellschaft der öffentlichen Hand für die Förderung von PPP-Projekten (öffentlich-private Partnerschaften - Public-Private-Partnerships) gegründet. Mit der kleinen Anfrage soll u.a. abgefragt werden, inwieweit die Ergebnisse von kritischer Bewertungen von PPP etwa durch Bundes- und Landesrechnungshöfe in die Beratung einfließen. Außerdem wird abgefragt, ob und inwieweit eine Evaluierung der beratenen Projekte stattfindet. Insgesamt soll die Tätigkeit der Gesellschaft transparenter gemacht werden.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9456](#)

Potenzial der Verlagerung von Flügen auf die Bahn am Flughafen Köln/Bonn

Es besteht ein erhebliches Potenzial zur Verlagerung von Flügen auf die Bahn. Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Flughafen Frankfurt a.M. ergab, dass selbst dort mehr als 16 Prozent aller Ziele in bis zu 4, und fast 30 Prozent in bis zu 6 Stunden mit der Bahn zu erreichen sind. Wären alle geplanten Schienenprojekte realisiert, wäre sogar 1/4 in 4 und 1/3 in 6 Stunden mit der Bahn erreichbar. Wie hoch ist das Verlagerungspotenzial am Flughafen Köln/Bonn?

Anträge, Anfragen & Initiativen

03.05.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9446](#)

Kriminalisierung von internationalem linken Aktivismus und Anarchismus durch die Polizeiagentur Europol

Die EU-Polizeiagentur Europol organisiert im April 2012 ein Treffen zu „Anarchismus“. Thematisiert werden auch Aktivitäten gegen „Schienennetzwerke“ sowie des „No Border-Netzwerks“. Anderslautend berichtet die Bundesregierung, es würde über „Linksextremismus/-terrorismus“ sowie „Angriffe auf Zugtransporte“ diskutiert. „Anarchismus“ wird dabei zum Sammelbegriff von unliebsamem internationalen Aktivismus. Anarchismus ist indes eine politische Einstellung, die auch EU-Mitgliedstaaten respektieren müssen.

30.04.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9430](#)

Stand des Projekts „Deutsche Digitale Bibliothek“

Die „Deutsche Digitale Bibliothek“ (DDB) soll als zentrales Portal Zugang zu digitalisierten Kulturgütern aus 30.000 Bibliotheken, Museen und Archiven bieten. Derzeit läuft ein Testbetrieb mit einem beschränkten Personenkreis und nur wenigen eingestellten Werken. Die Linksfraktion fragt nach den Problemen auf dem Weg zum regulären Normalbetrieb, insbesondere nach finanziellen, organisatorischen und rechtlichen Stolpersteinen. DIE LINKE hat das Projekt immer unterstützt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9429](#)

Beschäftigungssituation von Promovierenden in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen setzen in der Finanzierung von Promotionen und auch Post-Doc-Stellen verstärkt auf Stipendien statt (Teilzeit-) Stellen. Dies stellt die Betroffenen finanziell und versicherungsrechtlich schlechter. Eine Studie hat gezeigt, dass sich die Tätigkeiten von StipendiatInnen und Angestellten kaum unterscheiden. Dies wirft Fragen nach Zulassung der Ausweitung von Stipendien auf.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9428](#)

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im März 2012

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdischen Organisationen und Verbände etc. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

30.04.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9386](#)

Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen der Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine

Eines der beiden Austragungsländer der Fußball-EM gehört nicht der Europäischen Union an, was besondere Fragen der sicherheitsbezogenen Zusammenarbeit aufwirft. DIE LINKE erkundigt sich nach der Sicherheitsarchitektur, der deutschen Beteiligung hieran und dem Umfang des Datenaustausches.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9385](#)

EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland

Am 26.04.2012 läuft eine einmonatige Frist zur Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS) ab, die die EU-Kommission der Bundesregierung stellte. Durch ein Vertragsverletzungsverfahren und die Drohung mit „erheblichen Strafgehdern“ soll die VDS durchgesetzt werden, obwohl das BVerfG die erste Umsetzung für verfassungswidrig erklärt hatte und eine Überprüfung der Richtlinie zur Vereinbarkeit mit der EU-Grundrechtecharta durch den EuGH noch aussteht.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9384](#)

Faschistische und ultranationalistische Aktivitäten in den baltischen Staaten

Nicht nur von der extremen Rechten, sondern auch von Angehörigen der Regierungen Estlands, Lettlands und Litauens werden die Verbrechen der NS-Besatzungszeit kleingeredet. Gleichzeitig werden Kräfte, die damals mit den Nazis kollaboriert haben, als antisowjetische „Freiheitshelfer“ glorifiziert. Auch Aufmärsche zu Ehren der Waffen-SS erhalten höchste staatliche Weihen. DIE LINKE will wissen, welche Position die Bundesregierung gegenüber diesen geschichtsrevisionistischen Bestrebungen einnimmt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9383](#)

Stand der Breitbandversorgung

Die Kleine Anfrage soll das Auseinanderklaffen aufzeigen zwischen den Zielen der Bundesregierung und der tatsächlicher Breitbandversorgung, denn die Versorgungsziele mit Breitband-Internet-Anschlüssen werden nach wie vor verfehlt. Die Kritik an diesem Zustand richtet sich an die rein wettbewerbsorientierte und allein auf die Unternehmen ausgerichtete Breitbandpolitik der Bundesregierung.

Anträge, Anfragen & Initiativen

30.04.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9382](#)

Humanitäre und menschenrechtliche Bewertung der Haftbedingungen in Deutschland

Zu einer glaubwürdigen Menschenrechtspolitik gehört die kritische Auseinandersetzung mit Menschenrechtsdefiziten im eigenen Land. Die Kleine Anfrage thematisiert aus Anlass des aktuellen Jahresberichts 2010/11 der nationalen Antifolterstelle die Haftsituation in bundesdeutschen Gewahrsamseinrichtungen. Schwerpunkte bilden dabei die humanitären Haftbedingungen, die Situation von chronisch infizierten und drogensüchtigen Häftlingen sowie die Gewalt- und Suizidprävention unter den Gefangenen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9381](#)

Härtefallregelung für Opfer von NS-Verfolgung

Bis heute gibt es zahlreiche Opfer von NS-Verfolgungen, die ohne jede Form der Entschädigung geblieben sind. Anlass der Kleinen Anfrage ist ein konkreter Fall eines deutschen Juden in Chile. Die Fragen nach konkreten Hilfsmöglichkeiten und der Einrichtung eines Härtefonds für NS-Opfer stehen im Mittelpunkt.

10.05.2012 ▼

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9596](#)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung - Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland

Mit dem Entschließungsantrag wird die Bundesregierung kritisiert, welche den Altenbericht nutzt, um die Seniorinnen und Senioren für die Wirtschaft nutzbar zu machen. DIE LINKE setzt dem ihre umfassende und sozial ausgewogenen Forderungen im Bereich Arbeitsmarkt, Rente, Gesundheit, Hartz IV, Pflege und Wohnen entgegen. Außerdem wird gefordert, dass sich der nächste Altenbericht mit dem Thema soziale Ungleichheit befassen soll.

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9595](#)

zur Regierungserklärung des Außenminister: „Zukunft Europa“

In Frankreich und Griechenland wurde die derzeitige EU-Krisenpolitik abgewählt. Mit einer brutalen Kürzungspolitik werden in der EU über Jahrzehnte erkämpfte soziale Errungenschaften in Frage gestellt. Die Proteste der Menschen in den Krisenländern sind berechtigt, die im Mai europaweit geplanten Krisenproteste zu unterstützen. DIE LINKE fordert die Bundesregierung zu einem Kurswechsel in der EU auf, mit dem soziale Standards erhalten und die Krisenverursacher zur Verantwortung gezogen werden.

10.05.2012 ▼

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9594](#)

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum G 8-Gipfel am 18./19. Mai 2012 in Camp David und zum NATO-Gipfel am 20./21. Mai

Vom 20.5 - 21.5. findet in Chicago der NATO-Gipfel statt. Im Zentrum des Gipfels sowie der Anti-Gipfel-Proteste wird erneut der Afghanistan-Krieg stehen. Inzwischen mehren sich lagerübergreifend die Forderungen nach einem schneller Abzug der NATO/ Bundeswehr, gerade jetzt ist es besonders wichtig, dass wir die verbindliche Abzugsforderung erneut unterstreichen und in die Öffentlichkeit tragen.



Foto: Stephan Glnzel_pixelio.de

Reden

10.05.2012 KIRSTEN TACKMANN



Schweinepest - notimpfen statt keulen

Der Antrag greift leider insgesamt zu kurz. Er blendet aus, dass ein strategischer Ansatz zur Bekämpfung der Schweinepest nötig ist. Infektions- und Verbreitungsrisiken müssen minimiert, effektive Bekämpfungsstrategien entwickelt und erprobt werden.

Wir brauchen dafür erstens mehr Forschung und zweitens eine andere Marktausrichtung.

▶ weiterlesen [HIER](#)

10.05.2012 KIRSTEN TACKMANN

Antibiotika in der Tierhaltung reduzieren

Eine Tierhaltung, die auf regelmäßige Antibiotikagaben angewiesen ist, ist alles andere als nachhaltig. Muss eine Tierärztin oder ein Tierarzt in einem Bestand immer wieder auf Antibiotika zurückgreifen, läuft was grundsätzlich schief im Stall.

Die Linksfraktion hatte bereits im Januar 2012 einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Wir wollten ihn gemeinsam mit der von Ministerin Aigner für März 2012 angekündigten Novelle des Arzneimittelgesetzes (AMG) im Ausschuss diskutieren. Da diese Novelle aber wohl nicht vor Herbst vorgelegt wird, haben wir den Antrag in dieser Woche dem Ausschuss zur Diskussion vorgelegt. SPD und Grüne haben ihm zugestimmt. Die Koalition hat ihn leider mit der Schutzbehauptung, sie würden ja schon alles tun, abgelehnt.

▶ weiterlesen [HIER](#)

10.05.2012 DIANA GOLZE



Nein zum Betreuungsgeld - Öffentliche Kinderbetreuung ausbauen

Unser Hauptziel hier im Bundestag muss es sein, den Rechtsanspruch umzusetzen, den wir alle miteinander vereinbart haben. Ich glaube aber, es gibt nur einen Teil hier im Hause, der tatsächlich daran interessiert ist, diesen Rechtsanspruch umzusetzen.

▶ weiterlesen [HIER](#)

Kontakt



Sabine Stüber



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Diana Golze



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 –
17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 25.05.2012.



Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de
Layout: K. Brückner